VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

18.- 19. Mai 2008

www.kas.de

Demokratie im arabischen Raum

Veranstaltungsform: Seminar (ca. 100 Teilnehmer)

Partner: Alexandria Universität

Zeit/Ort: 18.-19. Mai 2008/ Alexandria

Zielgruppe: Politikwissenschaftler, Studenten

1. Programmübersicht

Sonntag, 18. Mai 2008

Eröffnungssitzung:

Dr. Adel Thabet, Abteilungsleiter, FEPS, Alexandria Universität

Hussein El-Zeneiny, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo

Dr. Ismail Gomaa, Dekan, Fakultät für Handelswissenschaften, Alexandria Universität

Erste Sitzung: Demokratisierungsprozesse in der arabischen Region

Dr. Mohsen Al Einy, ehemaliger Primerminister, Jemen

Dr. Adnan El Ansary, Berater, Ministerium für Außenpolitik, Oman

"Demokratisierung im Oman"

Dr. Emad El Sheikh Dawoud, Professor, FEPS, El-Nahrein Universität, Irak

"Demokratisierung im Irak"

Dr. Essam Andel Gaber, Professor, FEPS, Suez Kanal Universität, Kairo

Dr. Nihal Ahmed Makram, Professorin, FEPS, Suez Kanal Universität, Kairo

"Demokratisierung im Sudan"

Zweite Sitzung: Demokratisierungsmaßnahmen in der arabischen Region

Dr. Mohamed Abdalla, ehemaliger Präsident, Alexandria Universität

Dr. Gehad Ouda, Abteilungsleiter, FEPS, Helwan Universität

"Maßnahmen zur Einführung der Demokratie im arabischen Raum"

Dr. El-Sayed Elewa, Professor für Politikwissenschaften, Helwan Universität

"Die Bedeutung der politischen Bildung für den Demokratisierungprozess in den arabischen Ländern"

Montag, 19. Mai 2008

Erste Sitzung: Die Demokratisierung in der arabischen Region aus sozio-

ökonomischer Dimension

Dr. Mahmoud I smail, Dekan, FEPS, 6. October Universität

Dr. Mouhamed Nasr Mehanna, Professor für Politikwissenschaften, Assiut Universität

"Demokratisierung und die Dritte Welt"

Dr. Amr El Shobaky, Experte in Al-Ahram Center

"Demokratisierung in Ägypten: sozialer Blickwinkel"



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

18.- 19. Mai 2008

www.kas.de

Zweite Sitzung: Westliche Einflüsse auf die Demokratisierung in der arabischen Region

Dr. Nazly Mouawad, Professor für Poltikwissenschaften, Kairo Universität

Dr. Hassan Mouhmed El Zaher, Professor für Poltikwissenschaften, Alexandria Universität "Demokratisierung in der arabischen Region und westliche Einflüsse"

Dr. Marwa Khalil, Professorin für Poltikwissenschaften, Alexandria Universität

"Die US-amerikanische Stellungnahme zum Demokratisierungsprozess in den arabischen Ländern"

Dritte Sitzung: Die Zukunft der Demokratisierung in den arabischen Ländern

Dr. Sayed Abou Deif, Abteilungsleiter, FEPS, Suez Kanal Universität

Dr. Shaymaa Mohamed Hassan, Professorin für Politikwissenschaften, Suez Kanal Universität

"Einfluss der USA als Großmacht auf den Demokratisierungsprozess im arabischen Raum"

Dr. Said El Zoghby, Professor für Politikwissenschaften, Suez Kanal Universität

"Staatliche Überwachung und ihr Einfluss auf die Demokratisierung"

2. Zielsetzung

Über Demokratisierung in den arabischen Ländern wird immer häufiger diskutiert. Trotz Bemühungen der arabischen Regierungen, die Demokratie im arabischen Raum als Staatsform zu etablieren, wird der Stand des Demokratisierungsprozesses in den arabischen Ländern kritisiert. In diesem Rahmen veranstaltete die KAS Ägypten in Zusammenarbeit mit der Alexandria Universität eine Fachkonferenz mit arabischer Beteiligung zu diesem Thema. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand des Demokratisierungsprozesses in der arabischen Welt. Darüber hinaus wurden Reformvorschläge diskutiert.

3. Ablauf

Während der zweitägigen Konferenz hielt die Mehrheit der Sprecher fest, dass die arabischen Regime über Demokratiedefizite



verfügten. Demokratisierungsbemühungen steckten immer noch in den Kinderschuhen

und Verstöße gegen Menschenrechte seien keine Seltenheit. Dr. Emad El-Sheikh Dawoud führte den Irak als Beispiel an. Im Irak herrsche seit über 30 Jahren die Baath-Partei, die zu den größten Feinden der Islamisten gehöre. Dazu käme, dass das Land



mit den Begriffen Meinungs- und Pressefreiheit nicht vertraut sei. Das lässt sich an den Routineveranstaltungen ablaufenden Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen, in denen die Kandidaten meist mit 90 oder mehr Prozent der Stimmen wiedergewählt werden, erkennen. Auch die verschiedenen Geheimdienste und Sicherheitskräfte sorgten für Furcht und Angst in der Gesellschaft. Die Tatsache, dass die amerikanischen Truppen seit Anfang des Irakkriegs in 2003 Bagdad besetzt hätten, habe zu Verbreitung von Terrorismus und zugleich zu einem konfessionellen Bürgerkrieg zwischen den irakischen Schilten und Sunniten beigetragen. All dies habe zur Verstärkung der Sicher-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

18.- 19. Mai 2008

www.kas.de

heitsmaßnahmen geführt. Anschließend wies Dawoud darauf hin, dass die irakische Regierung sich bemühe, ein demokratisches Staatssystem einzuführen. Jedoch verhindere der amerikanische Einsatz im Irak diesen Prozess. Dr. Nihal Ahmed Makram betonte, dass die Lage der Demokratie im Sudan sich nicht viel von der des Iraks unterscheide. Der seit 1987 herrschende konfessionelle Krieg zwischen der arabischen Regierungsarmee im Nordsudan und der sudanesischen Volksbefreiungsarmee SPLA im Südsudan hindere jeden Entwicklungs- oder Reformprozess im Land. Weiter betonte Frau Makram, dass ohne Frieden eine Demokratisierung im Sudan, Irak oder anderen Staaten undenkbar sei. Auch in anderen arabischen Ländern wie Ägypten, Jordanien, Tunesien oder Marokko sähe es nicht viel besser aus. Zwar ließen diese Staaten der Bevölkerung einen größeren Spielraum, doch entscheide letztendlich das herrschende autokratische Regime ohne Rücksprache zum Volk. Weitere Gründe für den Mangel an Demokratie im arabischen Raum gingen bis auf den Kolonialismus zurück. Engländer sowie Franzosen verzichteten auf Aufbau



oder Einführung demokratischer Strukturen. Lokale Eliten übernahmen die Aufgabe der Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung. Ein Beispiel dafür sei der Irak, der aufgrund der Konflikte sowohl zwischen Araber und Kurden, als auch Sunniten und Schiiten kein einheitlicher Staat sei. Der Konflikt um Palästina und die Gründung Israels 1948 sorgte nacheinander in den verschiedenen arabischen Ländern für Unruhe und Unzufriedenheit. Die nationale Sicherheit wurde zum obersten Ziel der arabischen Welt während das Streben nach Freiheit und Demokratie in den Hintergrund rückte. Diese endete dann mit der Besetzung mehrerer arabischer Länder wie unter anderem Ägypten, Jordanien und Syrien. Doch nicht nur der Kolonialismus, sondern

auch kulturelle Faktoren hätten zu einer Erschwerung des Demokratisierungsprozesses in den arabischen Ländern beigetragen. Ein Beispiel sei Saudi Arabiens patriarchalische Gesellschaftsstruktur. So würde der saudischen Frau beispielweise verboten, alleine Auto zu fahren oder führende Ämter zu übernehmen.

Ein weiteres Hindernis sei der Mangel an Meinungsfreiheit. In den meisten arabischen Staaten seien Presse bzw. Medien staatlicher Kontrolle und Überwachung ausgesetzt. Kritik an die Obrigkeit sei explizit nicht verboten, aber strafbar machend. Dies lässt sich am Beispiel der ägyptischen Presse veranschaulichen. Oppositionelle Schriftsteller oder Chefredakteure wie beispielsweise Ibrahim Essa, Chefredakteur der oppositionellen Zeitschrift "Al-Dosstour" sowie Wael El-Nobrashi, politischer Schriftsteller und Fernsehermoderator und viele andere seien Opfer der extremen Regierungsüberwachung der Medien. Trotz all dieser Gegebenheiten wurde von der Mehrheit der Anwesenden betont, dass in manchen arabischen Ländern wie beispielsweise Tunesien Erfolg versprechende soziale und politische Reformen, die erstmals den politischen Pluralismus eingeführt und der Meinungsfreiheit einen höheren Stellenwert gegeben hätten, unternommen worden seien.

4. Schlussfolgerung

Die Konferenz behandelte ein breites Spektrum an historischen und politischen Gründen und Ursachen für die unzureichende Demokratie im arabischen Raum. Auch Reformvorschläge und andere verschiedene regionale Schwerpunkte, die mit dem Thema einhergehen, wurden auf der Veranstaltung behandelt. So wurden zum Beispiel die US-amerikanischen Präsidentschaftsvorwahlen und die wachsende Präsenz Teherans im Nahen Osten diskutiert. Auch die Mohamed-Karikaturen wurden erwähnt und zur Illustration des Unterschiedes zwischen Meinungsfreiheit und Glaubensbeleidigung angeführt.